

Die DDR als staatssozialistische Variante des Fordismus

Ulrich Busch

1. Die DDR als Erscheinungsform der Moderne

Im historischen Rückblick stellen sich viele Fragen über die DDR noch einmal. Die heutigen Antworten weichen aber mitunter nicht unerheblich von früheren Antworten ab. Dies ist nicht allein auf das Auffinden neuer Daten, Fakten und Quellen zurückzuführen, sondern vielfach auch auf veränderte Denkmuster und andere theoretische Analysemodelle. Die auf dieser Grundlage mögliche Neuinterpretation betrifft unter anderem den historischen Platz, den Charakter der Produktionsweise und die Definition der Wirtschaftsordnung der DDR, darüber hinaus aber auch ihr Verhältnis zur Bundesrepublik. Hier soll der Versuch unternommen werden, die Wirtschaft der DDR im Kontext der Debatte um den *Fordismus* als Produktions- und Sozialmodell der westlichen Welt zu analysieren und dabei auf einige, bisher in der komparativen DDR-Forschung wenig beachtete Aspekte aufmerksam zu machen.¹

Auch wenn die allgemeinen Bestimmungsmerkmale des Staatssozialismus wie Staatseigentum, kommunistische Parteienherrschaft, zentralistische Planwirtschaft usw. vollumfänglich auf die DDR zuträfen, diese dem „sozialistischen Lager“ angehörte, Mitglied im Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) und im Warschauer Vertrag war, so gab es doch eine Reihe von Merkmalen und nationalen Eigenheiten, in denen sich die DDR von anderen staatssozialistischen Ländern unterschied und teilweise positiv abhob. Charles S. Maier bezeichnete die DDR als die „blühendste Gesellschaft im Ostblock“.² Zu den diese Einschätzung begründenden Tatsachen zählen der vergleichsweise hohe Industrialisierungsgrad und technische Standard der Volkswirtschaft der DDR, das Niveau der Produktion und der Arbeitsproduktivität, die Rolle des genossenschaftlichen Eigentums in der Landwirtschaft, im Handwerk und im Einzelhandel als gleichberechtigter Eigentumsform neben dem Volkseigentum, die Pluralität der Eigentumsformen, zumindest bis Anfang der 1970er-Jahre, das relativ hohe materielle und kulturelle Lebensniveau der Bevölkerung sowie besondere Formen und Strukturen der politischen Herrschaft und Machtausübung, welche auf der Ebe-

¹ Der vorliegende Aufsatz stützt sich auf Forschungsarbeiten, die vom Autor im Rahmen der Berichterstattung zur sozioökonomischen Entwicklung in Deutschland im Zuge der Erstellung des zweiten Berichts (SOEB 2) in den Jahren 2007 und 2008 geleistet worden sind.

² Charles S. Maier: *Das Verschwinden der DDR und der Untergang des Kommunismus*, Frankfurt/Main 2000, S.153.

ne der Betriebe, Genossenschaften und Kommunen durchaus demokratische Elemente enthielten. Hinzu kommen die historische Tradition und Verankerung der DDR in der deutschen und europäischen Geschichte sowie ihr besonderes politisches, ökonomisches und kulturelles Verhältnis als „zweiter deutscher Staat“ zur Bundesrepublik Deutschland und zur Europäischen Union.³

Dies alles begründet eine *besondere* Stellung der DDR innerhalb des Blocks der staatssozialistischen Länder und ihre Einordnung als Erscheinungsform der *industriegesellschaftlichen Moderne*.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs etablierten sich auf beiden Seiten des Eisernen Vorhangs „konkurrierender Versionen der Moderne“: Die Bundesrepublik repräsentierte die westliche, kapitalistische Variante; die DDR die östliche, von der sowjetischen Besatzungsmacht geprägte, staatssozialistische Variante. Beide Gesellschaften waren folglich „alternative Modelle der Moderne“.⁴ Der insbesondere für Russland, aber auch generell für den Staatssozialismus vorgeschlagene Terminus eines „gegenmodernen sozialbürokratischen Gesellschaftstypus“⁵ lässt sich mithin nicht ohne weiteres auf die DDR übertragen. Eher haben wir es hier mit einer *spezifischen Variante* moderner Industriegesellschaft, mit der staatssozialistischen Ausprägung derselben, zu tun.

In der neueren Forschung wird die DDR unter anderem als Spielart „einer solidaristisch gewendeten industriellen Moderne“⁶ verstanden. Dies scheint zutreffend. Eingeschlossen in diese Bestimmung ist die *fordistische* Art und Weise der industriellen Produktion als typischer Wirtschaftsform der westlichen Nachkriegsgesellschaften einschließlich der USA und Japans. Diese Charakteristik gilt, wie zu zeigen sein wird, in bestimmtem Maße auch für die DDR.

Die Termini „fordistisch“ und „Fordismus“ entstammen dem industriesoziologischen Forschungskonzept.⁷ In dieser Bestimmung dienten sie vor allem zur

³ Gemäß Potsdamer Abkommen (1945), Berliner Abkommen (1951) und anderen Regelungen wurde der Warenaustausch zwischen den Besatzungszonen bzw. den beiden „Währungsgebieten“ auf der Grundlage von Verrechnungseinheiten und ohne Zollbeschränkungen durchgeführt. Dadurch, dass dem „innerdeutschen Handel“ in der EWG eine Sonderstellung eingeräumt wurde, konnte die DDR ihre Waren teilweise zu über dem Weltmarktniveau liegenden Preisen exportieren und wegen bestimmter Vergünstigungen aus dem Umsatzsteuerrecht nicht unerhebliche Handelserleichterungen in Anspruch nehmen, die anderen RGW-Staaten verwehrt waren. Diese Sonderbedingungen und Vergünstigungen galten bis 1990.

⁴ Konrad Jarausch: *Die Umkehr. Deutsche Wandlungen 1945-1995*, Bonn 2004, S.239.

⁵ Michael Brie/Ewald Böhlke. Mit Beiträgen von Petra Stykow und Rainer Land: *Rußland wieder im Dunkeln*, Berlin 1992, S.48.

⁶ Gerd Bender/Rainer Maria Kiesow/Dieter Simon (Hrsg.): *Das Europa der Diktatur. Steuerung – Wirtschaft – Recht*, Baden-Baden 2002, S.1; siehe auch Detlef Pollack: *Wie modern war die DDR?* F.I.T. Discussion Paper 4/01. Frankfurter Institut für Transformationsstudien 2001.

⁷ Siehe Dieter Otten: *Die Welt der Industrie. Entstehung und Entwicklung der modernen Industriegesellschaften*, 2 Bde., Reinbek 1986; Christoph Scherrer: *Im Bann des Fordis-*

Beschreibung einer bestimmten Form der Arbeitsorganisation und Betriebsführung. Dabei wird im Rahmen einer großbetrieblich organisierten Produktion durch Arbeitsteilung, Spezialisierung und Rationalisierung eine permanente Erhöhung der Produktivität erreicht, welche wiederum die kostengünstige Herstellung standardisierter Massengüter ermöglicht.⁸ In einem erweiterten Sinne bezeichnet der Terminus „Fordismus“ aber auch „die Gesamtheit der technischen, wirtschaftlichen und sozialpolitischen Grundsätze“⁹, wie sie für die Produktions- und Lebensweise in der westlichen Welt während der Nachkriegsjahrzehnte charakteristisch waren. Er steht damit für ein *Produktions- und Sozialmodell*, welches während der 1930er-Jahre in den USA entstand („New Deal“) und sich nach dem Zweiten Weltkrieg, insbesondere während der 1950er- und 1960er-Jahre, unter anderem in der Bundesrepublik Deutschland durchsetzte. Als charakteristisch hierfür galten wirtschaftliche *Dynamik*, soziale *Sicherheit* und allgemeine *Stabilität* – Merkmale, die in hohen ökonomischen Wachstumsraten und Produktivitätszuwachsen, einer damit einhergehenden Gewinn- und Lohnsteigerung, in Vollbeschäftigung, stabilen Erwerbsverläufen und einem darauf abstellenden sozialen Sicherungssystem sowie in entsprechenden Familienstrukturen und Geschlechterverhältnissen ihren Niederschlag fanden. Sie drückten sich ebenso in politischer Stabilität, stabilen Staatsfinanzen und einer „harten“ Währung aus und waren von konservativen Grundpositionen in Politik, Kultur und Gesellschaft flankiert.

Bezeichnend für das fordistische Paradigma sind vor allem vier, einander ergänzende, Komponenten: *Erstens* eine Lohnregulation, bei welcher die Lohnentwicklung tendenziell der volkswirtschaftlichen Produktivitätsentwicklung entspricht, woraus eine hohe Übereinstimmung von wirtschaftlicher Prosperität und sozialem Fortschritt, von ökonomischem Wachstum und allgemeiner Wohlfahrt resultiert: „Wohlstand für alle“ (Ludwig Erhard). *Zweitens* ein Prozess, den Burkart Lutz als „innere Landnahme“ bezeichnet hat und der im Kern die Verwandlung lebensweltlicher nichtindustrieller Arbeit (Handwerk, Landwirtschaft) in industrielle Produktion beinhaltet.¹⁰ *Drittens* eine Organisation der Produktion, bei welcher der Anteil der Kosten für Forschung und Entwicklung, für Marketing, Service und Vertrieb kontinuierlich ansteigt, während die Stückkosten für Arbeit und Material drastisch sinken. Und *viertens* die Existenz eines regulierten Weltmarktes (Bretton Woods), auf welchem die komparativen Vorteile der nationalen arbeitsteiligen Produktion weltweit Realisierung finden konnten.

mus, die Auto- und Stahlindustrie der USA im internationalen Konkurrenzkampf, Berlin 1992; Bernhard Schäfers: Gesellschaftlicher Wandel in Deutschland. Ein Studienbuch zur Sozialstruktur und Sozialgeschichte, Stuttgart 1995, S.190f.

⁸ Siehe dazu Volker Wellhöner: „Wirtschaftswunder – Weltmarkt – westdeutscher Fordismus, Münster 1996.

⁹ Karl-Heinz Hillmann: Wörterbuch der Soziologie, Stuttgart 1994, S.230f.

¹⁰ Siehe Burkart Lutz: Der kurze Traum immerwährender Prosperität. Frankfurt/Main-New York 1984, S.219f.

Die DDR fand einige Elemente der fordistischen Produktionsweise als Erbe der deutschen Kriegswirtschaft und als technisch-ökonomische Voraussetzung für den Wiederaufbau in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) nach dem Zweiten Weltkrieg bereits vor.¹¹ In der Regel wurden diese, wie zum Beispiel das Fließbandsystem und die standardisierte Fertigung, an die neuen gesellschaftlichen Bedingungen angepasst und fortgeführt. Andere hingegen wurden als typisch kapitalistisch abgelehnt und zurückgewiesen¹² und durch planwirtschaftliche Elemente ersetzt.

Die sich seit 1952, mit dem Beginn des Aufbaus des Sozialismus,¹³ etablierende neue Produktionsweise lehnte sich in nicht geringem Maße an das fordistische Produktionsmodell an. Offensichtlich stimmte dieses Modell von seiner Anlage her in vielen Facetten durchaus mit den Vorstellungen einer zentralistischen Planwirtschaft überein, sodass es für deren Ausgestaltung genutzt werden konnte. Dies galt in mehrfacher Hinsicht, sowohl für die Produktionsorganisation und die technisch bestimmten Arbeitsabläufe als auch für die Entlohnung nach dem Leistungsprinzip, die Leistungsstimulierung und die Arbeitsmotivation. Vereinfacht ausgedrückt sollte in der sozialistischen Planwirtschaft die gesamte Volkswirtschaft „wie ein ‚fordistisch‘ organisiertes, hierarchisch und arbeitsteilig strukturiertes Großunternehmen“ gesteuert und geleitet werden. In diesem Sinne diente die *Planwirtschaftsidee*, die Vorstellung eines entwickelten Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft, „als Folie zur Reinterpretation des Fordismus“ und umgekehrt, der Fordismus „als Folie der Reinterpretation der Planwirtschaftsidee“.¹⁴

Die Konsequenz war die Ausgestaltung der Planwirtschaft als *zentralistische Steuerung der Wirtschaft* durch die Partei und den Staat, ihr Ausbau als ein zentral gelenktes und bürokratisch gesteuertes System.¹⁵ Als theoretische Grundlage dafür

¹¹ Zum Beispiel die Fließbandfertigung, die inner- und zwischenbetriebliche Arbeitsteilung und -organisation, die Montage vorgefertigter Bauteile, die hohe und durchgängige Spezialisierung, die Anwendung differenzierter Normen, die Akkordarbeit, das Prämiensystem usw.

¹² Dies betrifft insbesondere die Trennung von Hand- und Kopfarbeit sowie bestimmte Managementmethoden, wofür in der kritischen Auseinandersetzung der Terminus „Taylorismus“ Verwendung fand.

¹³ Die 2. Parteikonferenz der SED (1.-12. Juli 1952) hatte den Aufbau der Grundlagen des Sozialismus beschlossen. Damit galt die Phase der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung als abgeschlossen.

¹⁴ Rainer Land: Fordismus plus Planwirtschaft. Das gescheiterte Projekt einer staatssozialistischen Wirtschaftsentwicklung, in: Brie/Böhlke, Rußland, S.49-59, hier S.52.

¹⁵ Lenin begründete die Diktatur und den Zentralismus damit, dass die „maschinelle Großindustrie“ als „die materielle, die produktive Quelle und das Fundament des Sozialismus“ die „unbedingte und strengste *Einheit des Willens* erfordert, der die gemeinsame Arbeit von Hunderten, Tausenden und Zehntausenden Menschen leitet“. (W. I. Lenin: Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht [1918], in: Werke: Bd. 27, Berlin 1978, S.225-

dienten die Leninschen Grundsätze der Planwirtschaft sowie die Prinzipien der Einheit von Politik und Ökonomie, des demokratischen Zentralismus und des Vorrangs der gesellschaftlichen Erfordernisse gegenüber den persönlichen und kollektiven Interessen. Diese Prinzipien dienten „von vornherein zur Durchsetzung des Führungsanspruchs der Partei auf allen Gebieten der Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft und zur Konzentration der Entscheidungsmacht im zentralen Partei- und Staatsapparat“.¹⁶ Ihre Umsetzung bedeutete die Zentralisierung aller wirtschaftlichen Entscheidungsprozesse in einer Steuerungszentrale, die als Staatsorgan figurierte (Staatliche Plankommission). Die *Planwirtschaft*, die Leitung und Planung der Volkswirtschaft, der Wirtschaft wie aller anderen gesellschaftlichen Bereiche, wurde zum Verfassungsgrundsatz.¹⁷ Dem entsprechend wurden alle wirtschaftlichen Ziele und Vorgaben in einem *Plan*, welchem Gesetzeskraft verliehen wurde, erfasst. Ein *Instrumentarium* zur Plandurchführung und umfassenden Kontrolle wurde geschaffen, das von den Kennziffern der materiellen Planung und den volkswirtschaftlichen Bilanzen bis hin zu den Finanzinstrumenten Kredit und Zins des als Staatsbanksystem organisierten Bank- und Kreditwesens reichte.¹⁸

Die DDR entwickelte sich somit als ein planwirtschaftlich organisiertes Gesellschaftssystem auf der Grundlage einer fordistischen Ökonomie. Trotz marktwirtschaftlicher Reformversuche zwischen 1963 und 1970 und dieser und jener Veränderung im Laufe der Zeit blieben die Grundkonturen der zentralistischen Planwirtschaft, ihre grundlegenden Funktionsprinzipien und ihre Funktionsweise bis 1990 erhalten.

Gleiches gilt für die Art und Weise der industriellen Produktion als fordistische Produktionsweise. Das fordistische Wirtschaftsmodell bildet auch die Erklärungsgrundlage dafür, warum sich die wirtschaftliche Entwicklung der DDR in bemerkenswerter Parallelität zur Wirtschaftsentwicklung in der Bundesrepublik vollzog. Dies betrifft die Ausgangslage nach dem Zweiten Weltkrieg ebenso wie die Zyklizität des Konjunkturverlaufs und die wellenförmigen Veränderungen im

268, hier S.259). Diese Position entspricht gleichermaßen dem planwirtschaftlichen Modell wie dem fordistischen Typ der Organisation der kapitalistischen Produktion.

¹⁶ Klaus Steinitz: Das Scheitern des Realsozialismus, Hamburg 2007, S.25.

¹⁷ Bereits in der ersten Verfassung der DDR (Art. 21) war die zentrale Rolle der Planung für die gesellschaftliche Entwicklung herausgestellt worden. In der Neufassung von 1968 schließlich wurde die „Planung der Volkswirtschaft sowie aller anderen gesellschaftlichen Bereiche“ zum „Grundsatz“ der Verfassung erklärt (Art. 9). Siehe Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 6. April 1968 in der Fassung des Gesetzes zur Ergänzung und Änderung der Verfassung der DDR vom 7. Oktober 1974, Berlin 1976.

¹⁸ Siehe Herbert Wolf: Entwicklung und Struktur der Planwirtschaft der DDR, in: Dietmar Keller/Hans Modrow/Herbert Wolf (Hrsg.): Ansichten zur Geschichte der DDR, Bd. I., Bonn-Berlin, S.149-170; Günter Krause (Hrsg.): Rechtliche Wirtschaftskontrolle in der Planökonomie. Das Beispiel DDR, Baden-Baden 2002; Jörg Thieme: Notenbank und Währung in der DDR, in: Deutsche Bundesbank (Hrsg.): Fünfzig Jahre Deutsche Mark, München 1998, S.609-653.

Konsum, aber auch die wirtschafts- und sozialpolitische Strategie, welche in beiden Ländern darauf abzielte, „wirtschaftliches Wachstum in soziale Verbesserungen und einen breiter verteilten Wohlstand umzumünzen“¹⁹. Weniger parallel und übereinstimmend jedoch verliefen die Bewältigung der fordistischen Krise Mitte der 1970er-Jahre und die Meisterung der Herausforderungen des sich daran anschließenden gesellschaftlichen Umbruchs, woran die DDR bekanntlich scheiterte.

2. *Wirtschaftsstruktur und Wirtschaftswachstum*

Der mitteldeutsche Raum war während und unmittelbar nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs „die am weitesten industrialisierte Zone Deutschlands“.²⁰ Und das nicht nur in quantitativer Hinsicht, sondern auch qualitativ, da hier vor allem die neuen Industrien (Maschinenbau, Fahrzeugbau, Chemie, Elektroindustrie, Feinmechanik/Optik, Konsumgüterfertigung usw.) konzentriert waren. Die Wirtschaftsstruktur wies jedoch erhebliche Ungleichgewichte und Defizite auf, welche eine hohe Abhängigkeit der Industrie von innerdeutschen Zulieferungen sowie von Importen aus dem Ausland nach sich zogen. Der Krieg hinterließ hier aber auch große Zerstörungen.²¹ Betroffen hiervon waren vor allem Wohnbauten und Einrichtungen der Infrastruktur, weniger jedoch die Industrie. Schätzungen besagen, dass das Bruttoanlagevermögen der Industrie 1945 in Westdeutschland das Vorkriegsniveau von 1936 um 20 Prozent überstieg, in Ostdeutschland sogar um 28 Prozent.²² Die Kriegszerstörungen und Abschreibungen waren also geringer als die Zuwächse an Industriepotenzial, welche – aus strategischen Gründen – in den Kriegsjahren bis zuletzt gerade auch in Mittel- und Ostdeutschland vorgenommen worden waren. Die Ausgangssituation sollte sich bald darauf jedoch erheblich verändern. Der Grund hierfür waren vor allem die Demontagen industrieller und infrastruktureller Anlagen in der SBZ. Diese hatten zur Folge, dass sich das 1944 vorhandene industrielle Anlagevermögen bis 1948 „um fast ein Drittel“ reduzierte. Einschließlich der Kriegsschäden und unter Berücksichtigung der Abschreibungen sanken die industriellen Kapazitäten der SBZ bis 1948 „auf die Hälfte des Stands von 1936“.²³ In den Westzonen dagegen übertraf der Bestand des Anlagevermögens 1948 den Stand von 1936 bereits um

¹⁹ Jörg Roesler: Momente deutsch-deutscher Wirtschafts- und Sozialgeschichte 1945 bis 1990, Leipzig 2006, S.28.

²⁰ Werner Abelshäuser: Deutsche Wirtschaftsgeschichte seit 1945, Bonn 2005, S.113.

²¹ Siehe Horst Barthel: Die wirtschaftlichen Ausgangsbedingungen der DDR, Berlin 1979; Lothar Baar/Dietmar Petzina (Hrsg.): Deutsch-deutsche Wirtschaft 1945 bis 1990, St. Katharinen 1999.

²² Siehe Roesler, Momente, S.38 sowie Abelshäuser, Wirtschaftsgeschichte, S.71f.

²³ Rainer Karlsch: Allein bezahlt? Die Reparationsleistungen der SBZ/DDR 1945-1953, Berlin 1993, S.89; siehe auch Lothar Baar/Rainer Karlsch/Werner Matschke: Kriegsfolgen und Kriegslasten Deutschlands. Zerstörungen, Demontagen und Reparationen, Berlin 1993.

rund elf Prozent. Als weitere Belastung kamen im Osten die enormen Reparationsleistungen hinzu, welche anfangs fast die Hälfte des Bruttosozialprodukts der SBZ und zu Beginn der 1950er-Jahre noch immer ein Siebentel der Wirtschaftsleistung der DDR ausmachten. Die Reparationen wurden bis 1953 vollumfänglich an die UdSSR geleistet.²⁴

Die Beuteentnahmen, Demontagen und laufenden Reparationen bedeuteten für die SBZ bzw. die DDR den systematischen Entzug von Mitteln für den Wiederaufbau und zwar in erheblichem Umfang. Die wirtschaftlichen Start- und Rekonstruktionsbedingungen gestalteten sich dadurch im Osten Deutschlands *sehr viel ungünstiger* als im Westen. Die Reparationsleistungen hatten zur Folge, dass die Rekonstruktion der Wirtschaft hier „erst sieben bis zehn Jahre später“²⁵ abgeschlossen werden konnte als in der Bundesrepublik.

Dieser Wettbewerbsnachteil in der Startphase der DDR konnte in der Folgezeit *nie wieder* ausgeglichen werden, obwohl die wirtschaftliche Dynamik der DDR bis Mitte der 1980er-Jahre insgesamt größer war als die der Bundesrepublik (siehe Tabelle 1 und 2). So erreichte das Bruttosozialprodukt pro Kopf in der DDR erst 1955/56 wieder das Vorkriegsniveau von 1936. Der private Verbrauch lag selbst 1958 noch um zwölf Prozent niedriger als in der Vorkriegszeit. Das ostdeutsche Pro-Kopf-Produkt betrug während der gesamten 1950er-Jahre nicht mehr als zwei Drittel des westdeutschen Niveaus. Entsprechend gering war das allgemeine Lebensniveau.²⁶

Trotzdem erlebte die DDR während der 1950er-, 1960er- und 1970er-Jahre eine bemerkenswerte Prosperität mit hohen Wachstumsraten, überproportionalen Produktivitätszuwächsen und beeindruckenden Modernisierungsgewinnen auf fast allen Gebieten.²⁷ Das Wirtschaftswachstum lag nur in wenigen Jahren unter dem der Bundesrepublik, zumeist jedoch mit diesem etwa gleichauf. Ebenso das Wachstum der Arbeitsproduktivität. Der Anteil der DDR am gesamtdeutschen Bruttoinlandsprodukt (BIP) erhöhte sich von 11,2 Prozent im Jahr 1970 auf 13,3 Prozent 1985, um dann bis 1989 auf 12,9 Prozent zurückzugehen. Im gleichen Zeitraum sank der Bevölkerungsanteil nur geringfügig, von 22,0 Prozent auf 21,1 Prozent, so dass auch das BIP pro Kopf einen relativen Anstieg verzeichnete.²⁸

²⁴ Siehe Karlsch, *Allein bezahlt?*, S.234.

²⁵ Ebenda, S.240.

²⁶ Siehe André Steiner: *Von Plan zu Plan. Eine Wirtschaftsgeschichte der DDR*, Berlin 2007, S.114.

²⁷ So betrug der jährliche Zuwachs der volkswirtschaftlichen Arbeitsproduktivität (Bruttowertschöpfung je Kopf der Bevölkerung) 1951 über 25 Prozent, 1952 bis 1955 durchschnittlich 10 Prozent und 1956 bis 1960 im Durchschnitt 7,5 Prozent. In den Jahren 1961 bis 1989 lag er zwischen 2,5 und 6,5 Prozent, zumeist aber oberhalb der 4-Prozent-Marke, zuletzt jedoch signifikant darunter, bei 2,5 Prozent (siehe Steiner, *Von Plan zu Plan*, S.327).

²⁸ Siehe Gerhard Heske: *Bruttoinlandsprodukt, Verbrauch und Erwerbstätigkeit in Ostdeutschland 1970-2000* (=Historische Sozialforschung, Beiheft Nr. 17), Köln 2005, S.91f., 96. Die Gesamtergebnisse der VGR-Rückrechnung seit 1950 finden sich in: ders.: *Volks-*

Tabelle 1: Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) sowie des BIP je Einwohner und je Erwerbstätigen in der DDR und der BRD (1950 = 100)

Jahr	BIP		BIP je Einwohner		BIP je Erwerbstätigen	
	DDR	BRD	DDR	BRD	DDR	BRD
1950	100	100	100	100	100	100
1955	151	156	155	150	149	137
1960	196	219	209	198	193	175
1965	237	283	256	236	233	216
1970	303	342	327	279	289	266
1975	368	383	401	306	341	301
1980	440	450	483	361	387	339
1985	514	477	568	386	440	357

Quelle: Gerhard Heske: Zur Leistungsentwicklung der DDR bis 1989 im Spiegel der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, Vortrag am 18.4.2009 in Leipzig, Anhang.

Grundlage dieser Entwicklung war ganz überwiegend die *Industrie*. Neben dem Aufbau einer eigenen Grundstoffindustrie waren es vor allem die Sektoren Schwermaschinenbau, allgemeiner Maschinenbau, Fahrzeugbau, Metallwaren, Elektrotechnik, Feinmechanik, Optik und Bekleidung, welche durch Investitionen gestärkt wurden.

Tabelle 2: Wirtschaftswachstum DDR und BRD 1970 bis 1989, verschiedene Indizes in Prozent

Jahr	DDR		Produzier- tes National- einkommen	BRD	Deutschland
	BIP (EUR 95)	Im Inland verwendetes National- einkommen		BIP (EUR 95)	BIP (EUR 95)
1970	100	100	100	100	100
1975	110	127	130	112	113
1980	145	152	159	131	133
1985	170	161	199	139	143
1989	184	186	225	156	159
Durchschnitt- liche Verän- derungsrate	3,3	3,3	4,4	2,5	2,6

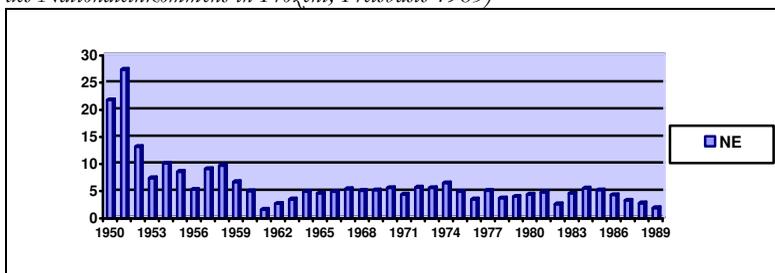
Quelle: Gerhard Heske: Bruttoinlandsprodukt, Verbrauch und Erwerbstätigkeit in Ostdeutschland 1970-2000 (= Historische Sozialforschung, Beiheft Nr. 17), Köln 2005, S.51, 72, 88, 92. (EUR = zu Euro-Preisen des Jahres 1995)

Insgesamt gesehen verlief die Wirtschaftsentwicklung in den 1950er-Jahren *extensiv*, das heißt das Wachstum wurde überwiegend durch einen steigenden Einsatz

wirtschaftliche Gesamtrechnung für die DDR 1950 bis 1989 (Entstehung und Verwendung des Bruttoinlandsprodukts) – Daten, Methoden und Vergleiche (=Historische Sozialforschung, Beiheft Nr. 21), Köln 2009 (im Erscheinen).

der Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital erzielt. Dies änderte sich im Verlaufe der 1960er-Jahre, als im Zuge der Wirtschaftsreformen des *Neuen Ökonomischen Systems der Planung und Leitung* (NÖSPL) und des *Ökonomischen Systems des Sozialismus* (ÖSS) Innovationen und Rationalisierungsmaßnahmen im Wirtschaftsprozess eine größere Rolle spielten. Indem die Steigerung der Arbeitsproduktivität und der Effektivitätszuwachs immer mehr zu ausschlaggebenden Faktoren der Wirtschaftsentwicklung wurden, vollzog sich der Übergang zum intensiven Wachstumstyp.²⁹ Dieser Wandlungsprozess war von dem Versuch getragen, die Vorteile der Massenfertigung, der *economies of scale*, effektiver zu nutzen, indem die Möglichkeiten einer standardisierten Großproduktion direkt mit den Methoden der Planwirtschaft verbunden wurden. Dies galt nicht nur für die Automobilindustrie, wozu dies bestätigende komparative Untersuchungen für die Bundesrepublik und die DDR vorliegen,³⁰ sondern gleichermaßen für den Schiffbau, den Waggonbau, die chemische Industrie, den Maschinenbau, Teile der Konsumgüterindustrie und später auch für den Industrie- und Wohnungsbau.

Abbildung 1: Wirtschaftswachstum in der DDR 1950-1989 (jährliche Veränderungsrate des Nationaleinkommens in Prozent, Preisbasis 1985)



Quelle: Statistisches Amt der DDR (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch der DDR 1990, Berlin 1990, S.14; Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS): Statistische Übersichten zur Sozialpolitik in Deutschland seit 1945. Band SBZ/DDR. Verfasser. André Steiner unter Mitarbeit von Matthias Judt und Thomas Reichel, Bonn 2006, Tab. 0.3.1.

Das Lenkungs- und Steuerungssystem der Planwirtschaft bot für die fordistische Produktionsweise nicht nur betriebswirtschaftlich und technologisch, sondern gerade auch von der volkswirtschaftlichen Seite her günstige Bedingungen. Der

²⁹ Im Selbstverständnis der DDR-Ökonomie galt der Übergang vom extensiven zum intensiven Reproduktionstyp in den 1970er-Jahren als vollzogen. Seitdem wurde von der „umfassenden Intensivierung“ gesprochen. Hierunter verstand man einen Prozess „sich stetig wiederholenden Wirksamachen(s) von Produktionspotentialen, deren qualitativ wissenschaftliche technische Erneuerung zum ausschlaggebenden Faktor für einen langfristigen Produktivitäts- und Effektivitätszuwachs in allen Bereichen des ökonomischen Kreislaufs wird“. (Wolfgang Heinrichs /Hrsg./: Umfassende Intensivierung und Reproduktionstheorie. Berlin 1987, S.66).

³⁰ Siehe Abelshäuser, Wirtschaftsgeschichte, S.370-378.

Einsatz moderner Rechentechnik und die Nutzung kybernetischer Modelle seit den 1960er-Jahren verbesserten diese noch. Die Standardisierung war in der DDR stark ausgeprägt. Die Fertigungstiefe und vertikale Integration der Produktion galten selbst für fordistische Maßstäbe als übertrieben.

Nachteilig wirkte jedoch, dass der Binnenmarkt der DDR zu klein war, um die Skaleneffekte optimal nutzen zu können. Der RGW-Markt erwies sich hierfür nur bedingt als geeignet, da die internationale Arbeitsteilung unzureichend entwickelt und der Niveauunterschied zwischen den Mitgliedstaaten sehr groß war. Über zentrale Fragen der Spezialisierung und Kooperation sowie über Export- und Importvolumina und -strukturen entschieden vor allem politische Absprachen und weniger ökonomische Kalküle. Die Konsequenz war, dass die DDR mit rund 17 Millionen Einwohnern ein ähnlich umfangreiches Sortiment an Industrieprodukten erzeugen musste wie die Bundesrepublik mit 60 Millionen Einwohnern. Schon dadurch konnten die Vorzüge der fordistischen Großproduktion in der DDR-Wirtschaft nicht voll zum Tragen kommen. Ähnliches gilt für den Massenkonsum als einem weiteren Kettenglied der fordistischen Produktionsweise. In der DDR fehlte es hierfür nicht nur an Konsumenten, sondern auch an Kaufkraft. Und im RGW gab es hierfür überhaupt keine adäquaten Bedingungen.

Die wichtigsten Kriterien, woran sich unter intensiven Reproduktionsbedingungen in der DDR trotz bestimmter Einschränkungen fordistische Merkmale festmachen lassen, sind:

- a) Ein hoher Industrialisierungsgrad³¹ sowie eine anhaltend hohe Industriedichte und -quote;³²
- b) eine Wirtschaftsstruktur, in welcher durch Großtechnologien und hoch mechanisierte bzw. automatisierte Arbeitsabläufe gekennzeichnete Branchen dominierten;
- c) eine entsprechende Arbeitskräfte- und Erwerbstätigenstruktur sowie ein stabiles Erwerbsverhalten;
- d) eine arbeitsteilig-fordistische betriebliche und überbetriebliche Organisation der Produktion;

³¹ Der Anteil der Industrie (ohne Bau) an der Gesamtzahl der Beschäftigten lag 1949 in der DDR bei 27,2 Prozent, stieg dann bis 1960 auf 36 Prozent, 1980 waren es 38 Prozent und zuletzt, 1989, 37,3 Prozent (Statistisches Amt, Statistisches Jahrbuch 1990, S.125).

³² Unter Industriedichte versteht man die Zahl der in der Industrie Beschäftigten je 100 Quadratkilometer. 1937 betrug dieser Wert in Ostdeutschland 288 gegenüber 276 in Westdeutschland. 1989 waren es in der DDR 294. Auch die Industriequote, welche die Anzahl der in der Industrie Beschäftigten je 1.000 Einwohner ausweist, lag 1936 im Osten mit 204 höher als im Westen, wo sie 170 betrug. 1989 lag diese Quote in der DDR bei 194, in der BRD bezogen auf das produzierende Gewerbe bei 141, bezogen auf das verarbeitende Gewerbe bei 133 (siehe Roesler, Momente, S.37; Statistisches Amt, Statistisches Jahrbuch 1990, S.187; Heske, Bruttoinlandsprodukt, S.237, Statistisches Bundesamt /StatBA/ /Hrsg./: Statistisches Jahrbuch 2006, Wiesbaden 2006, S.34).

- e) ein hohes Maß an Standardisierung und eine große Fertigungstiefe der Produktion;
- f) überbetriebliche und zunehmend internationale Spezialisierung und Arbeitsteilung als wesentliche Komponente der *economies of scale*;
- g) Rationalisierung und Kostensenkung als ständige Motivation der Technikentwicklung und der Produktionsorganisation;
- h) ein auf dem Leistungsprinzip basierendes Lohnsystem, worin Akkordarbeit, Leistungslohn und Erfolgsprämien eine zentrale Rolle spielten;
- i) ein angestrebter bzw. auch faktisch enger Zusammenhang von Arbeitsproduktivitäts- und Einkommensentwicklung auf individueller, betrieblicher und volkswirtschaftlicher Ebene und
- j) ein privater Massenkonsum als Stütze und Realisierungsbedingung der Massenproduktion.

Alle diese Charakteristika trafen auf die DDR-Wirtschaft zu, wenn auch in spezifischer Form, unterschiedlich starker Ausprägung und nicht immer vergleichbar mit den Verhältnissen in der Bundesrepublik. So betrug zum Beispiel der Anteil der Industrie und des produzierenden Handwerks am Nettoprodukt der DDR 1970 56,4 Prozent. 1989 waren es 64,9 Prozent.³³ Rechnet man die Bauwirtschaft hinzu, so waren es 64 bzw. 72,1 Prozent. Umgerechnet nach der Methode der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) lassen sich die Anteile der Wirtschaftsbereiche an der Bruttowertschöpfung insgesamt wie folgt bestimmen:

Tabelle 3: Anteile der Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche an der Volkswirtschaft insgesamt für die DDR und in Klammern für die BRD 1950 bis 1989 in Prozent

Jahr	Land- und Forstw., Fischerei	Produzierendes Gewerbe ohne Bau	Baugewerbe	Handel, Gastgewerbe, Verkehr und Nachrichten	Finanzierung, Vermietung und Unternehmens-DL	Öffentliche und private DL
1950	6,5 (3,3)	25,1 (30,6)	8,6 (10,5)	13,3 (17,6)	46,6 (38,2)	
1955	4,9 (2,5)	29,4 (34,5)	9,8 (12,3)	17,0 (16,5)	38,9 (34,2)	
1960	4,3 (2,1)	33,1 (36,8)	12,6 (11,3)	13,2 (17,3)	36,9 (32,5)	
1965	3,8 (1,6)	33,9 (36,5)	12,8 (11,5)	12,1 (17,2)	37,5 (33,3)	
1970	3,3 (1,5)	35,6 (36,8)	14,3 (9,50)	12,5 (16,9)	6,8 (16,1)	27,4 (19,2)
1975	2,8 (1,4)	35,4 (33,7)	13,4 (8,30)	12,9 (16,4)	6,7 (18,4)	28,8 (21,8)
1980	2,4 (1,3)	35,8 (32,8)	12,3 (7,90)	13,2 (16,8)	7,2 (20,4)	29,2 (20,9)
1985	2,6 (1,3)	36,2 (31,8)	12,6 (6,60)	12,9 (16,5)	6,4 (22,5)	29,2 (21,4)
1989	2,1 (1,2)	36,3 (30,7)	13,0 (6,30)	13,4 (16,7)	6,7 (24,5)	28,5 (20,6)

Quelle: Heske, Bruttoinlandsprodukt 2005, S.54f.; Heske, Leistungsentwicklung, Anhang.

³³ Statistisches Jahrbuch 1990, S.104.

Wie aus vorstehender Tabelle ersichtlich ist, überwog in der DDR seit den 1960er-Jahren die Industrie (Produzierendes und Baugewerbe) mit einem Anteil an der Bruttowertschöpfung von rund 50 Prozent, wobei diese Größen im Zeitverlauf eine bemerkenswerte Konstanz aufweisen. In der Bundesrepublik dagegen betrug der Anteil des produzierenden Gewerbes einschließlich des Baugewerbes bis 1970 über 45 Prozent, reduzierte sich dann bis 1989 aber auf 37,0 Prozent. Demgegenüber lag der Anteil des Bereichs Finanzierung, Vermietung usw. in der DDR erheblich niedriger als in der Bundesrepublik, was sich aus der untergeordneten Bedeutung des Kredit- und Versicherungsgewerbes und der Subventionierung der Wohnungswirtschaft erklärt. Der hohe Anteil der Dienstleistungen in der DDR betrifft die öffentlichen Leistungen und ist vor allem auf die Konzentration der Bildung, Wissenschaft, Kultur, Gesundheit, Sozialfürsorge usw. beim Staat zurückzuführen. Besonders in Bezug auf die Dienstleistungsbereiche fällt der strukturelle Unterschied zwischen beiden Wirtschaftsordnungen auf, ebenso die geringe Veränderlichkeit der DDR-Struktur, ihre Beibehaltung über Jahrzehnte hinweg, während die westdeutschen Strukturen stärker einem Wandel unterworfen waren.

Für ein spezifisch fordistisches Produktionsregime in der DDR sprechen auch der hohe Bedarf, die beschränkte Verfügbarkeit und folglich der ständige Mangel an qualifizierten Arbeitskräften in der Industrie. Dieser Aspekt gewann zunehmend an Bedeutung, da das „Humankapital“ unter den gegebenen Bedingungen immer mehr „zum Schlüssel“ für das Wirtschaftswachstum wurde. Zu Beginn der 1950er-Jahre hatten beide deutsche Staaten noch in gleichem Umfang über diesen „Schlüssel“ verfügt. Gegen Ende des Jahrzehnts ging der DDR jedoch die Reserve an Arbeitskräften aus, während die Bundesrepublik infolge der innerdeutschen Wanderung ihre Reserve noch aufstocken konnte. Zwischen 1951 und August 1961 hatten 2,6 Millionen Menschen die DDR in Richtung Westen verlassen. Die meisten von ihnen waren qualifizierte Facharbeiter. Dies bedeutete einen weiteren gravierenden Nachteil für die DDR im innerdeutschen Wettbewerb³⁴ und ein unlösbares Problem für den Arbeitskräftebedarf der Industrie. Die DDR versuchte dieses Problem durch die Schließung der Grenzen 1961³⁵ und die Rekrutierung von zuvor in der Landwirtschaft und in anderen Wirtschaftsbereichen Beschäftigten für die Industrie zu lösen. Eine nicht zu unterschätzende Rolle spielte in diesem Zusammenhang auch die Mobilisierung der „stillen Reserve“, insbesondere in Gestalt nicht- oder nur teilzeitberufstätiger

³⁴ „Der Ost-West-Transfer von Humankapital in Höhe von jährlich 2,6 Mrd. DM [...] übertraf das Ausmaß der Marshallplanhilfe bei weitem.“ (Werner Abelshausen: Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980. Frankfurt/Main 1983, S.96f.)

³⁵ Durch die Schließung der Grenzen stabilisierte sich die Arbeitskräftesituation in der DDR wesentlich. Für die westdeutsche Industrie dagegen hatte das Ausbleiben des Zustroms qualifizierter Arbeitskräfte aus der DDR zur Folge, dass nunmehr Arbeitskräfte im Ausland angeworben werden mussten, sogenannte Gastarbeiter.

Frauen. Beides schlug sich in der Statistik entsprechend nieder: So stieg die Zahl der Berufstätigen in der Industrie ständig, von 2,1 Millionen 1950 auf 3,0 Millionen 1975. Danach ging sie im Gegensatz zur Bundesrepublik aber nicht zurück, sondern nahm weiter zu, bis auf 3,2 Millionen im Jahr 1989.³⁶ Der Anteil der in der Industrie Beschäftigten an den Gesamtbeschäftigten erhöhte sich von 27,2 Prozent im Jahr 1949 auf 36,0 Prozent 1960. 1989 waren es 37,3 Prozent. Der Anteil der Frauen an den Berufstätigen insgesamt wuchs von 40,0 Prozent im Jahre 1950 bis auf 50,1 Prozent 1978. 1989 betrug er 48,9 Prozent. Die Erwerbstätigenquote der Frauen stieg von 82 Prozent im Jahre 1970 auf 91 Prozent 1989. In der Industrie lag der Anteil der weiblichen Beschäftigten zuletzt bei 40,9 Prozent.³⁷

Was es in der DDR dagegen nur ansatzweise gab, war der typisch „fordistische Lohnkompromiss“, also die Kopplung der Lohn- und Einkommensentwicklung an den Produktivitätsfortschritt. Anfangs blieben die Löhne teilweise hinter der Produktivitätsentwicklung zurück. Die Wirtschaft sollte sich zunächst nachhaltig positiv entwickeln, bevor den Werkträgern über Lohnzuwächse ein höherer Lebensstandard gewährt wurde. Eine wichtige Rolle spielte dabei die staatliche Preispolitik, welche durch planmäßige Preissenkungen Reallohnsteigerungen bewirkte.³⁸ Nach den Ereignissen vom 17. Juni 1953 und dem Verzicht des Staates, die Normen an die Produktivitätsentwicklung anzupassen, gab es zumindest zeitweise so etwas wie einen „negativen“ Lohnkompromiss, indem die Arbeiter ihre Leistungen an das niedrige Lohnniveau anpassten. Während der Reformphase in den 1960er-Jahren wurde versucht, mittels differenzierter individueller und kollektiver materieller Anreize die Produktivitätsentwicklung zu forcieren. Dies wurde in den 1970er-Jahren mit der Einführung veränderter, stärker leistungsbezogener Lohnmodelle fortgesetzt, niemals aber wirklich konsequent zu Ende geführt. Zudem stieß diese Strategie immer wieder an Grenzen, da die Konsumgüterproduktion nicht ausreichte, um die marktseitige Realisierung der steigenden Löhne zu gewährleisten.

Da es zu keinem Zeitpunkt gelang, das theoretisch begründete und politisch allseits propagierte Leistungsprinzip konsequent in der Praxis umzusetzen und zur Grundlage der Lohn- und Einkommenspolitik zu machen, blieb eine der Hauptquellen der fordistischen Leistungsmotivation und -steigerung in der DDR

³⁶ Siehe Statistisches Jahrbuch 1990, S.19.

³⁷ Siehe ebenda, S.125, 130. Diese Relationen finden auch in der Umrechnung auf VGR-Basis ihre Bestätigung: So blieb der Anteil des Produzierenden Gewerbes an den Erwerbstätigen insgesamt zwischen 1970 und 1989 mit 48,4 Prozent bzw. 45,8 Prozent nahezu konstant und unterschied sich nicht wesentlich von dem Wert für die BRD 1970 (46,5 Prozent). 1989 betrug dieser Anteil in der BRD jedoch nur noch 36,8 Prozent (siehe Hesse, Bruttoinlandsprodukt, S.64).

³⁸ Siehe Jennifer Schevardo: Von der Kartenwirtschaft zum „Exquisit“. Verbraucherpreise, Lebensstandard und Herrschaftslegitimation in der DDR der fünfziger Jahre, in: André Steiner (Hrsg.): Preispolitik und Lebensstandard. Nationalsozialismus. DDR und Bundesrepublik im Vergleich, Köln 2006, S.87-128.

faktisch ungenutzt. Gleiches gilt für den Massenkonsum und die Massenproduktion von Konsumgütern. Um dem allgegenwärtigen Mangel auf diesem Gebiet zu begegnen, wurden zahlreiche Initiativen zur Erhöhung der Produktion von Konsumgütern gestartet, selbst in Betrieben, die auf die Herstellung von Produktionsgütern spezialisiert waren. Obwohl die bestehenden Probleme damit letztlich nicht gelöst wurden, ist doch eine beachtliche Zunahme des Konsumtionsniveaus während der späten 1960er- und der 1970er-Jahre zu konstatieren. So erhöhte sich zwischen 1965 und 1980 die Ausstattung der privaten Haushalte mit Pkw um 365 Prozent. Bei Kühlschränken betrug die Zunahme 320 Prozent, bei Waschmaschinen 205 Prozent und bei Fernsehempfängern 96 Prozent.

Ähnliches gilt für die Ebene der Wirtschaftseinheiten, der Betriebe und Kombinate. Hier wurde 1963 mit dem NÖSPL zwar ein marktsozialistisches Reformprojekt in Angriff genommen,³⁹ dieses aber nicht konsequent zu Ende geführt. Gerade in Bezug auf die Eigenverantwortung und wirtschaftliche Selbstständigkeit der Betriebe blieb das Projekt bereits in seinen Anfängen stecken. Nach 1968 („Prager Frühling“) geriet es politisch gänzlich in Misskredit. 1970 wurde das Reformprojekt abgebrochen, und seit 1971 war eine Renaissance des Zentralismus im Planungs- und Leitungssystem der DDR zu konstatieren. Dies hatte weitreichende Konsequenzen, denn damit wurde das fordistische Produktionsmodell, das weltweit bereits zu erodieren begann, in der DDR konserviert und damit der Weg für zukunftsfähige Lösungen verbaut. Statt über einen Umbau des Wirtschaftsmechanismus die Voraussetzungen für den Übergang zu einem neuen Produktionsregime zu schaffen, wurde über die „Vervollkommnung“ des Planungsmechanismus und die Mobilisierung von Reserven das alte Modell faktisch nur wieder neu aufgelegt. Verbunden wurde dieses nun jedoch mit einer stärkeren Orientierung auf die Konsumbedürfnisse der Bevölkerung und die Anhebung des Lebensniveaus.

So kam mit der „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ als wirtschaftspolitischer Maxime der 1970er- und 1980er-Jahre, wenn auch rudimentär und verspätet, das Grundprinzip der fordistischen Lohnregulation faktisch doch noch zum Tragen. Allerdings war der Wirkungsmechanismus auf den Kopf gestellt, denn weniger die wirtschaftliche Dynamik bildete die Voraussetzung für steigende Einkommen und einen steigenden Lebensstandard, sondern die Verbesserung der Lebensbedingungen sollte bewirken, dass die Leistungen und die Produktivität anstiegen. Damit verbunden waren die Ausdehnung der Konsumgüterproduktion und der verstärkte Import von Konsumartikeln. Wurde während der 1960er-Jahre noch stark auf gesellschaftliche/kollektive Lösungen beim Konsum gesetzt, so wandelte sich dies jetzt und machte einer individualistisch geprägten Konsumstruktur Platz. Sehr deutlich spiegelt sich dies im veränderten Ausstattungsbestand der privaten Haushalte mit Konsumgütern wider.

³⁹ Siehe Jörg Roesler: Zwischen Plan und Markt. Die Wirtschaftsreform in der DDR zwischen 1963-1970, Berlin 1990; André Steiner: Die DDR-Wirtschaftsreform der sechziger Jahre. Konflikt zwischen Effizienz- und Machtkalkül, Berlin 1999.

Tabelle 4: Ausstattung der privaten Haushalte der DDR mit langlebigen technischen Konsumgütern (Bestand je 100 Haushalte)

	1955	1960	1965	1970	1975	1980	1989
Pkw	0,2	3,2	8,2	15,6	26,2	38,1	57,1
Motorräder/-roller	10,8	12,7	16,5	19,4	19,5	18,4	18,4
Kühlschränke	0,4	6,1	25,9	56,4	84,4	108,8	167,4
Waschmaschinen	0,5	6,2	27,7	53,6	73,0	84,4	110,2
Fernsehempfänger	1,2	18,5	53,7	73,6	87,9	105,0	129,3
Farbfernsehempfänger				0,2	2,5	16,8	58,2

Quelle: Statistisches Jahrbuch 1990, S.325.

Diese Politik brachte kurzfristig zwar Wohlfahrtseffekte, und es erhöhte sich, wenn auch in geringerem Maße als erwartet, die Produktivität. Langfristig jedoch erwies sich die „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ als Sackgasse und endete schließlich in wirtschaftlicher Stagnation, Substanzverzehr und Staatsverschuldung.

Im Verzicht auf Reformen liegt eine gewisse Tragik des staatssozialistischen Entwicklungsmodells: Der Staatssozialismus war ein politisches, wirtschaftliches und ideologisches Gesellschaftskonstrukt einer nachholenden Modernisierung und der industriellen Moderne. Er war damit – ökonomisch gesehen – eine spezifische Variante des Fordismus. Im Fokus standen die industrielle Produktion und das ökonomische Wachstum, nicht aber der Konsum, die Dienstleistungen, die Kapitaleffizienz, die Umwelterhaltung und eine nachhaltige, Ressourcen schonende Entwicklung. Der wirtschaftliche Erfolg dieses Modells zeigte sich in einer hohen wirtschaftlichen Dynamik während der 1950er- und 1960er-Jahre, als die Effekte der *economies of scale* planwirtschaftlich maximiert werden konnten. Mit der weltweit beginnenden Erosion des fordistischen Produktionsregimes Ende der 1960er-/Anfang der 1970er-Jahre jedoch brach auch im Staatssozialismus die Krise aus. Dies machte sich zuerst in den Wachstumsraten bemerkbar: Die Dynamik der Produktion ließ sichtlich nach. Aufgrund der ungenügenden Effizienz der Produktion stiegen die Kosten für den Ressourceneinsatz rasch an, die Produktivitätsentwicklung dagegen erlahmte zusehends. Um dem wirksam zu begegnen, wurde Ende der 1960er-Jahre eine Wachstums- und Technologieoffensive gestartet, die gewaltige volkswirtschaftliche Disproportionen und Versorgungsengpässe mit sich brachte. Die Politik der „Hauptaufgabe“ und der „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ ab 1971 sollten dies korrigieren, führten aber letztlich zu noch größeren volkswirtschaftlichen Ungleichgewichten. Und dies nicht nur zwischen materiellen und finanziellen Prozessen, sondern nun auch zwischen Produktion und Konsumtion sowie in der Außenwirtschaft.

Um die milliardenschweren Konsumausgaben und Sozialprogramme zu finanzieren, wurden die Investitionen im Produktionsbereich zurückgefahren⁴⁰ und im Ausland Kredite aufgenommen.⁴¹ Zudem stiegen seit Mitte der 1970er-Jahre die Rohstoffpreise spürbar an, wodurch sich mit einiger Verzögerung auch für die DDR die *Terms of Trade* nachhaltig verschlechterten.⁴²

Während der 1980er-Jahre gelang es der DDR nicht, die Wachstumsschwäche, die Außenhandelsprobleme, die Leistungsbilanzdefizite und die Auslandsverschuldung in den Griff zu bekommen. In den letzten Jahren schließlich eskalierten die ungelösten Probleme in einer Art „finalen Krise“⁴³, für die es im Rahmen der Planwirtschaft keine Lösung mehr gab.⁴⁴

3. Konjunkturzyklus und Krisen

Vollzieht sich die Wirtschaftsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland seit der Währungsreform 1948 in periodischen Zyklen – bisher sieben –, deren Anfang und Ende jeweils durch einen Tiefpunkt der wirtschaftlichen Dynamik (1958, 1967, 1975, 1982, 1993, 2003 und 2009/10) markiert wird,⁴⁵ so lässt sich ein derartiges Muster konjunktureller Entwicklung für die DDR nicht feststellen. Die Planwirtschaft der DDR funktionierte ohne das „Auf“ und „Ab“ des für kapitalistische Industriegesellschaften typischen Konjunktur- bzw. Krisenzyklus. Gleichwohl gab es aber auch in der DDR Investitionszyklen und Schwankungen im Wirtschaftsverlauf, wechselten Phasen höherer Prosperität mit Phasen geringeren Wachstums. Die Entwicklung folgte im Zeitverlauf dem allgemeinen Trend einer allmählichen Abschwächung der ökonomischen Dynamik.⁴⁶

So lagen die Zuwachsraten des Nationaleinkommens (NE) bzw. des Bruttoinlandsprodukts in den 1950er-Jahren sehr viel höher als in den darauf folgenden

⁴⁰ Der Anteil der produktiv verwendeten Nettoinvestitionen an der Wertschöpfung sank von 17 Prozent 1969/70 auf knapp 10 Prozent 1982. Dafür flossen mehr Mittel in den konsumtiven Bereich, insbesondere in den Wohnungsbau.

⁴¹ 1970 betrug die Verschuldung der DDR im nichtsozialistischen Ausland zwei Mrd. Valutamark (VM). Bis 1980 erhöhte sich der Schuldenstand auf 23,6 Mrd. VM. 1982 wurde mit 25,1 VM der Höchststand erreicht (Siehe Steiner, Von Plan zu Plan, S.221).

⁴² Die Prinzipien der Preisbildung im RGW hatten zur Folge, dass sich der Anstieg der Energie- und Rohstoffpreise für die DDR verzögert auswirkte. So blieb der erste Ölpreisschock zunächst ohne Folgen, von 1974 an jedoch bekam ihn auch die DDR zu spüren. Zudem gab es seitens der Sowjetunion Liefereinschränkungen.

⁴³ Steiner, Von Plan zu Plan, S. 252.

⁴⁴ Siehe Karl Mai: Rückblick auf die 80er Jahre der DDR-Wirtschaft (=Diskurs – Streit-schriften zu Geschichte und Politik des Sozialismus, H. 29), Leipzig 2008.

⁴⁵ Der siebente Zyklus ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht abgeschlossen. Der Tiefpunkt und damit der Beginn des neuen Zyklus wird voraussichtlich im Jahr 2010 liegen.

⁴⁶ Siehe Albrecht Ritschl: Aufstieg und Niedergang der Wirtschaft der DDR: Ein Zahlenbild 1945-1989, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte (1995) 2, S.11-46.

Jahrzehnten. Die Volatilität der wirtschaftlichen Entwicklung war dann, insbesondere zwischen 1963 und 1987, in der DDR aber deutlich geringer als in der Bundesrepublik. Für den Gesamtzeitraum liegen für die DDR und die BRD inzwischen vergleichbare Berechnungen vor. Diese weisen in beiden Volkswirtschaften eine sich kontinuierlich verringemde Dynamik aus: Im Zeitraum 1951 bis 1955 betrug die jahresdurchschnittliche Wachstumsrate des BIP in der DDR noch 8,5 Prozent, in der BRD waren es sogar 9,3 Prozent. 1956 bis 1960 waren es in der DDR 6,8 Prozent und in der BRD 7,0 Prozent. 1981 bis 1985 waren es in der DDR noch 3,1 Prozent, in der BRD nur 1,2 Prozent. Insgesamt lag die durchschnittliche Wachstumsrate in der DDR mit 4,5 Prozent geringfügig über der Wachstumsrate in der BRD, wo sie 4,3 Prozent betrug.⁴⁷

Tabelle 5: Durchschnittliche Wachstumsraten des produzierten und verwendeten Nationaleinkommens und BIP der DDR sowie des BIP der BRD 1950-1989 in Prozent

Zeitraum	produziertes NE ¹	verwendetes NE ¹	BIP DDR	Maximum	BIP BRD
1950-1955	17,7	12,9	8,5	13,1 (1951)	9,3
1956-1960	7,2	9,2	6,8	6,0 (1959)	7,0
1961-1965	3,8	3,0	3,5	5,6 (1964)	5,3
1966-1970	5,2	5,9	5,0	5,6 (1970)	3,9
1971-1975	5,4	4,9	4,0	5,4 (1972)	2,3
1976-1980	4,1	3,7	3,6	6,4 (1976)	3,3
1981-1985	4,5	1,2	3,1	4,5 (1984)	1,2
1986-1989	3,1	3,8	2,1	2,8 (1988)	2,9

1) Nationaleinkommen in Preisen von 1985.

Quelle: BMAS, Statistische Übersichten, Tab. 0.3.1. und 0.3.4.; Heske, Leistungsentwicklung, Anhang.

Auf den wirtschaftlichen Verlauf in der DDR hatten verschiedene Determinanten Einfluss: *Erstens* der Reproduktions- und Akkumulationsprozess der Grundfonds bzw. des fixen Kapitals, auch wenn dieser planmäßig gesteuert wurde und sich im Rahmen politischer Planvorgaben vollzog. *Zweitens* die über den innerdeutschen Handel bewirkte faktische partielle Integration der DDR in den (kapitalistischen) Weltmarkt. *Drittens* die Integration der DDR in den RGW-Markt. Und *viertens* systemimmanente Vorgänge und Entscheidungsabläufe, die in bestimmtem Maße zu einem DDR-spezifischen, politisch motivierten „Krisenzyklus“ führten. Inwieweit die Tiefpunkte wirtschaftlicher Dynamik in der DDR konjunkturtheoretisch als „Krisen“ anzusehen und damit einer endogenen Erklärung

⁴⁷ Siehe Heske, Bruttoinlandsprodukt, S. 52; ders., Leistungsentwicklung.

nung zugänglich sind, muss hier offen bleiben. Eine größere Rolle spielten möglicherweise exogene Faktoren, worauf Jörg Roesler hingewiesen hat.⁴⁸ Betrachtet man die Entwicklungsverläufe in der Bundesrepublik und in der DDR für die Konjunkturzyklen I bis V⁴⁹ im Vergleich, so fällt auf, dass diese sich nicht gänzlich unähnlich sind. Übereinstimmungen gibt es sowohl im *Trend* der im Zeitverlauf geringer werdenden Wachstumsraten als auch im *Verlauf*, zumindest partiell, was die Höhepunkte und die Tiefpunkte der wirtschaftlichen Entwicklung anbetrifft.⁵⁰ So verzeichnete die DDR in den Jahren 1951/52 und 1954/55, 1957 bis 1960, 1964 bis 1970, 1972/73, 1976, 1980/81 und 1984/85 besonders hohe Wachstumsraten. Diese Phasen waren größtenteils auch Boomphasen im westdeutschen Konjunkturverlauf. Phasen unterproportionalen Wachstums dagegen bildeten die Jahre 1953, 1956, 1961 bis 1963, 1971, 1974, 1982/83, 1986 und 1989. Diese Daten markieren häufig, mitunter zeitlich etwas verschoben, zugleich auch Tiefpunkte im Konjunkturzyklus der westdeutschen Wirtschaft (siehe Abb. 2).

Es gibt aber auch Abweichungen in den Wirtschaftsverläufen. Derartige Ausnahmen bildeten die Krise 1961/62, welche nur in der DDR auftrat, und die westdeutsche Wirtschaftskrise von 1967, für die es in der DDR kein Pendant gab. Zur krisenhaften Zuspitzung der Lage 1961 kam es in der DDR infolge des Zusammenwirkens verschiedener Faktoren: Zum einen hatte sich das „Rekonstruktionspotenzial“ der Nachkriegsperiode erschöpft.⁵¹ Andererseits bot das Wirtschaftskonzept der SED keine hinreichenden Möglichkeiten für ein hohes Wirtschaftswachstum mehr. Eine Reform des Wirtschaftsmechanismus war angesagt. Drittens trugen der Lieferboykott der Bundesrepublik,⁵² die Massenabwanderung qualifizierter Arbeitskräfte und die Kollektivierung in der Land-

⁴⁸ Siehe Jörg Roesler: Jedes Mal existenzgefährdend? Zur Charakteristik der fünf Wirtschaftskrisen, in: Helga Schultz/Hans-Jürgen Wagener (Hrsg.): Die DDR im Rückblick, Berlin 2007, S.155-175.

⁴⁹ Für die Bundesrepublik wird für die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg bis zur deutschen Vereinigung von fünf Konjunkturzyklen (Juglarzyklen) ausgegangen: I (1950-1958), II (1959-1967), III (1968-1975), IV (1976-1982), V (1983-1990 [1993]). Die Vereinigung fiel in die Endphase des fünften Zyklus, wodurch die Krise um etwa zwei Jahre hinausgeschoben wurde.

⁵⁰ Für die Bundesrepublik lässt sich die gesamtwirtschaftliche Dynamik mit den preisbereinigten Zuwachsraten des BIP abbilden. Für die DDR ist dies nur bedingt möglich. Deshalb wird hilfsweise auch auf die Entwicklung des Nationaleinkommens (gemäß MPS = Material Product System, siehe dazu Heske, Bruttoinlandsprodukt, S.22-50) zurückgegriffen. Auch wenn das Nationaleinkommen kategorial und methodisch nicht mit dem BIP vergleichbar ist, so ist die Dynamik beider Größen doch sehr ähnlich, was einen derartigen eingeschränkten Vergleich möglich macht.

⁵¹ Siehe Roesler, Momente, S.104.

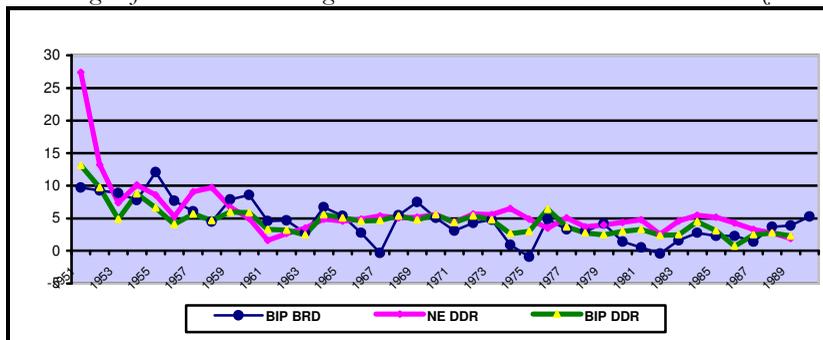
⁵² Die Bundesrepublik hatte 1960 das Berliner Abkommen, welches den innerdeutschen Warenaustausch regelte, vorsorglich gekündigt, was die DDR zur „Störfreimachung“ ihrer Wirtschaft und zu weiteren Gegenmaßnahmen zwang.

wirtschaft dazu bei, die Situation zu verschärfen. Überwunden wurde die Krise zum einen durch die Schließung der Grenzen im August 1961, wodurch die Fluchtbewegung gestoppt wurde, zum anderen durch die Wirtschaftsreform mit der Einführung des NÖSPL 1963.

Die Probleme 1970/71 dagegen waren strukturpolitischen Ursprungs. Mit einem ehrgeizigen, wirtschaftlich aber völlig überzogenen Investitionsprogramm wollte die DDR den Herausforderungen der wissenschaftlich-technischen Revolution begegnen. Die einseitige Konzentration der Investitionen auf die Fortschrittsindustrien bei Vernachlässigung der Zulieferzweige und der Konsumgüterproduktion führte zu nicht mehr zu bewältigenden Disproportionen in der Volkswirtschaft und letztlich zu einem Einbruch des Wirtschaftswachstums. Die Schwächephase konnte 1972 wieder überwunden werden, 1976 aber kam es erneut zu Problemen, jetzt vor allem außenwirtschaftlich bedingt.

Eine „große“ Krise, wie sie die Bundesrepublik Mitte der 1970er-Jahre durchmachte, erfasste die DDR aber nicht. Deshalb bedurfte es zum damaligen Zeitpunkt in den Augen der Verantwortlichen auch keiner Korrektur der wirtschaftspolitischen Strategie. Die Probleme schienen auf herkömmliche Weise lösbar. Einige Lösungen wurden schlichtweg in die Zukunft verschoben.

Abbildung 2: Jährliche Veränderungen des BIP und des NE 1951 bis 1990 in Prozent



Quelle: Statistisches Bundesamt, Statistisches Jahrbuch 2006; Statistisches Jahrbuch 1990, S.14; BMAS, Statistische Übersichten, Tab. 0.3.1.; Heske, Bruttoinlandsprodukt, S.52, 92; Heske, Leistungsentwicklung, Anhang.

Die DDR verschuldete sich zunehmend im westlichen Ausland⁵³ und war immer weniger in der Lage, eigene Potenziale für Innovation und Wachstum zu generieren. Schließlich reichten Wachstum und Exporterlöse nicht mehr aus, um den außenwirtschaftlichen Verpflichtungen und dem wachsenden Bedarf im Inland nachzukommen. Als westliche Banken der DDR 1981 keine weiteren Kredite mehr gewähren wollten, brach eine *Zahlungsbilanz- und Kreditkrise* aus. Überwunden wurde sie vor allem durch eine restriktive Import- und expansive Exportpolitik. Dank der außerordentlichen Bemühungen im Außenhandel und bei der Devisenbeschaffung gelang es der DDR, binnen weniger Jahre die Verschuldung im westlichen Ausland um 40 Prozent zu reduzieren und damit auf den Weltfinanzmärkten wieder kreditfähig zu sein. Genützt hat dies aber wenig. Während die Devisensituation vorübergehend stabilisiert werden konnte, steuerte die Produktion auf ein weiteres „Tief“ zu.

Beredtes Zeugnis für die zunehmende Ausweglosigkeit der Lage ist das „Schürer-Papier“ vom 24. Oktober 1989,⁵⁴ worin als Lösungsvorschlag „eine grundsätzliche Änderung der Wirtschaftspolitik der DDR, verbunden mit einer Wirtschaftsreform“ angeführt wird. Dafür war es jedoch im Herbst 1989 schon viel zu spät. Die unmittelbare Ursache für den schließlich erfolgten „Zusammenbruch“ der DDR war freilich nicht die desolote wirtschaftliche Situation. Auch nicht die Auslandsverschuldung und die akute Wirtschaftskrise des Jahres 1989/90. Vielmehr fehlte der Parteiführung und der Regierung inzwischen das Vertrauen der Bevölkerung, die Probleme noch in den Griff zu bekommen und die DDR in eine sichere Zukunft zu führen. Dadurch ging die Wirtschaftskrise „über das Stadium der substantiellen Gefährdung des Fortbestands des wirtschaftlichen und politischen Systems hinaus und erreichte den Punkt, der eine weitere Existenz der DDR unmöglich machte“.⁵⁵ Der Beitritt zur Bundesrepublik wurde unausweichlich. Mit diesem Schritt wurde aber nicht nur das Ende der DDR als Staat besiegelt, sondern zugleich auch das Ende eines Gesellschaftssystems, was grundsätzliche Fragen nach den Ursachen des Versagens des Staatssozialismus aufwirft.⁵⁶

⁵³ Die Nettoverbindlichkeiten der DDR gegenüber westlichen Banken waren in den 1970er-Jahren von 8.863 Mio. VM (1975) auf 11.571 Mio. VM angestiegen. 1981 beliefen sie sich auf 23.134 Mio. VM, 1982 auf 25.146 Mio. VM. Dies war der höchste Schuldenstand der DDR im Verlauf ihrer Geschichte. Bis Mitte der 1980er-Jahre gelang es, diesen um rund 10.000 Mio. VM zu reduzieren. Ende 1989 betrug die Nettoverschuldung im Nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet (NSW) 19,9 Mrd. VM (siehe Deutsche Bundesbank (Hrsg.): *Die Zahlungsbilanz der ehemaligen DDR 1975 bis 1989*. Frankfurt/Main 1999, S. 59).

⁵⁴ Analyse der ökonomischen Lage der DDR mit Schlussfolgerungen, in: Siegfried Wenzel: *Was war die DDR wert? Und wo ist dieser Wert geblieben? Versuch einer Abschlussbilanz*, Berlin 2000, S.287-304.

⁵⁵ Roesler, *Jedes Mal existenzgefährdend?*, S.167.

⁵⁶ Siehe dazu Steinitz, *Das Scheitern*, S.60-64.

4. Fazit

Vernachlässigt man die Besonderheiten der Planwirtschaft in der DDR und richtet den Blick allein auf die fundamentalen wirtschaftlichen Abläufe, ihre periodischen Schwankungen und allgemeinen Trends, so lassen sich zwischen der DDR und der Bundesrepublik durchaus Parallelen feststellen. Dies gilt insbesondere für die 1970er-Jahre. André Steiner spricht deshalb mit Bezug auf die Krise Mitte der 1970er-Jahre in der BRD, welche die DDR erst gegen Ende des Jahrzehnts erteilte, von einer „systemübergreifenden Krise europäischer Industriegesellschaften“;⁵⁷ die beide deutschen Staaten auf verschiedene Weise zu bewältigen versuchten. Für die DDR galten dabei einige Besonderheiten:

Erstens machte sich die Krise hier mit einiger Verzögerung bemerkbar. Bildete in der Bundesrepublik das Jahr 1975 mit einem Wirtschaftsrückgang um 0,9 Prozent den Tiefpunkt der Rezession, so trat eine ähnliche Zuspitzung in der DDR erst gegen Ende der 1970er-/Anfang der 1980er-Jahre ein. In diesen Jahren verringerte sich das Wachstum des BIP dramatisch, von durchschnittlich 4,3 Prozent 1976/78 auf weniger als 2,7 Prozent 1979/83.⁵⁸ Die zeitliche Verschiebung erklärt sich aus dem Planungsmechanismus, speziell aus der Preisgestaltung im RGW, welche implizierte, dass sich die Verteuerung der Rohstoffe auf dem Weltmarkt zeitlich verzögert und weniger explosiv bemerkbar machte. Deshalb hatte der erste Ölpreisschock auf die Importaufwendungen der DDR zunächst nur geringe Auswirkungen. Nach 1975 setzte die Sowjetunion als größter Rohstofflieferant allerdings eine Veränderung des Preisbildungsmechanismus durch, was zur Folge hatte, dass der Anstieg der Weltmarktpreise auch auf die DDR durchschlug. Ähnlich verhielt sich dies mit der Krise des Weltfinanzsystems. Auch hiervon blieb die DDR aufgrund ihrer Binnenwährung und der Einbindung in den RGW zunächst verschont. Über die engen Handelsbeziehungen mit der Bundesrepublik und die Kredite, welche sie zur Finanzierung ihrer Investitions- und Sozialprogramme im Westen aufgenommen hatte, bekam sie die steigenden Zinsen, veränderten Wechselkurse und Turbulenzen auf den Finanzmärkten schließlich aber doch zu spüren: Die Wirtschaftskrise der 1970er-Jahre trat hier schließlich „als *Verschuldungskrise*“⁵⁹ in Erscheinung. Sie zwang die DDR Anfang der 1980er-Jahre, ihren seit 1971 verfolgten Kurs der „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ in wesentlichen Punkten zu korrigieren.

Zweitens: In der DDR war die wirtschaftliche Entwicklung durch einen weniger volatilen Verlauf, dafür aber durch einen allmählichen, sich selbst verstärkenden Verlust an Dynamik und Innovationskraft sowie eine zunehmende Tendenz zur Stagnation charakterisiert. Die wirtschaftliche Krise war begleitet von Erschei-

⁵⁷ André Steiner: Bundesrepublik und DDR in der Doppelkrise europäischer Industriegesellschaften. Zum sozialökonomischen Wandel in den 1970er Jahren, in: Zeithistorische Forschungen, Potsdam (2006) 3, S.342-362, hier S.361.

⁵⁸ Eigene Berechnungen nach Heske, Leistungsentwicklung, Anhang.

⁵⁹ Roesler, Jedes Mal existenzgefährdend, S.167.

nungen politischer Verkrustung, kultureller Lethargie und ideologischer Inflexibilität.⁶⁰

Drittens mündete die unbewältigte Strukturkrise schließlich in eine nicht mehr lösbare Systemkrise. Steiner zufolge war das der Beginn der „finalen Krise“, welche 1989/90 das Ende der DDR und des Staatssozialismus in Europa bewirkte.⁶¹

Diese drei Besonderheiten der Wirtschaftskrise der 1970er-Jahre in der DDR – ihr verzögerter Eintritt, ihr unspektakulärer Verlauf und schließlich ihre Nichtbewältigung – unterschieden sie von der Strukturkrise in der Bundesrepublik. Essenziell handelte es sich aber bei beiden Krisen um eine durchaus ähnliche Grundkonstellation, welche durch einen fundamentalen *Umbruch* der Produktionsvoraussetzungen und der gesamten Produktions- und Lebensweise gekennzeichnet war: Das Rekonstruktions- und Aufholpotenzial, das während der Nachkriegsentwicklung in beiden Volkswirtschaften das schnelle Wirtschaftswachstum getragen hatte, war nunmehr erschöpft. Die Skaleneffekte, welche die fordistische Wirtschaftsdynamik während der 1960er- und frühen 1970er-Jahre begründet hatten, ließen sichtlich nach. Durch die Erhöhung der Kapitalintensität sank die Grenzproduktivität des Kapitals. Damit verringerte sich die Möglichkeit, über die Akkumulation zusätzlichen Kapitals wirtschaftliches Wachstum zu generieren.

Zudem kam es in dieser Zeit zu einer Abkehr von der Massenproduktion und vom Massenkonsum und stattdessen zur zunehmenden Diversifizierung und Flexibilisierung der Fertigung und zur individuell differenzierten Ausrichtung des Konsums und der Lebensweise. In der Bundesrepublik fand die Deagrarisierung der Wirtschaft ihren Abschluss, durch die Ausdehnung des Dienstleistungssektors und dessen Symbiose mit der Industrie erfolgte deren Tertiarisierung. Das waren Prozesse, die in der DDR über die ersten Anfänge kaum hinausgekommen sind.

Die „große“ Krise der 1970er-Jahre machte deutlich, dass die fordistische Produktionsweise binnen- wie außenwirtschaftlich ihre Grenzen erreicht hatte. Das machte den Umbau der Wirtschaft und der gesamten Gesellschaft erforderlich, der in der Bundesrepublik in der zweiten Hälfte der 1970er-Jahre in Gang kam. Nicht so in der DDR. Hier wurde versucht, die Krise durch aktionistische Einsparungen bei bestimmten Ressourcen, durch eine ökonomisch ruinöse Exportstrategie und durch drastische Kürzungen bei den Erhaltungsinvestitionen zu bewältigen. Dem entsprach eine „Vervollkommnung“ des Apparats der Planwirtschaft unter Vermeidung der notwendigen Reformen. Ferner fand dies seinen Niederschlag in einer Sklerose der politischen Strukturen und Machtverhältnisse, im Rückgang des politischen Engagements der Bürger und einer zunehmenden Lähmung des öffentlichen Lebens.

⁶⁰ Am Anfang dieser Entwicklung und damit die wirtschaftliche Krise faktisch vorwegnehmend stand die Ausbürgerung des Liedermachers Wolf Biermann 1976.

⁶¹ Steiner, Bundesrepublik und DDR, S.361.

Die Folge war, dass die Verhältnisse erodierten und sich der ökonomisch notwendige politische und strukturelle Wandel 1990 als *Systembruch* durchsetzte. Der Preis dafür war nicht nur das Scheitern des Staatssozialismus und der Existenzverlust der DDR, sondern auch eine weitgehende Entwertung des Anlagekapitals, das heißt des Volksvermögens der DDR.⁶²

Vergleicht man die Aufschwungsphasen und die Abschwungsphasen bzw. Krisen in der Bundesrepublik und in der DDR miteinander, so fällt auf, dass die Parallelität der Wirtschaftsverläufe mit der Zeit zunahm. Möglicherweise ist dies ein Hinweis auf die gewachsene Außenhandelsintensität und Abhängigkeit der DDR vom westlichen Markt. Es zeigt sich aber auch, dass die Krisenbewältigung unterschiedlich erfolgreich verlief.

Während es der Bundesrepublik seit der „großen“ Krise der 1970er-Jahre, wenn auch seit 1982 mit den Mitteln einer konservativen Wende, im Großen und Ganzen gelang, die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturen den neuen ökonomischen Herausforderungen anzupassen, scheiterte die DDR zunehmend an diesen Herausforderungen. Insofern sind die letzten anderthalb Jahrzehnte der DDR die Jahre ihres Niedergangs. Für das Scheitern der DDR lassen sich verschiedene Gründe anführen, innen- und außenpolitische, wirtschaftliche, finanzielle usw. In der hier gewählten Sicht lässt sich dieses Scheitern vor allem auf die *Nichtbewältigung des Umbruchs*, des Übergangs von der fordistischen zur nachfordistischen Produktionsweise zurückführen. Historisch weiter zurückgreifend, muss die ungenügende Beherrschung des fordistischen Produktions- und Sozialmodells durch die Planwirtschaft diagnostiziert werden.

Konsequenz der Entwicklung im Osten Deutschlands ist der *doppelte* Umbruch, der sich seit 1990 hier vollzieht:⁶³ die Ablösung der staatssozialistischen Planwirtschaft durch die Markt- und Geldwirtschaft bei *gleichzeitigem* Übergang vom fordistischen Produktions- und Sozialmodell des Rheinischen Kapitalismus zum globalen Finanzmarktkapitalismus mit seinen wirtschaftlichen Herausforderungen und sozialen Verwerfungen.

Aus: Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 2009/III, S. 34-56.

Dr. habil. Ulrich Busch, Technische Universität Berlin

⁶² Siehe hierzu Wenzel, Was war die DDR wert?, S.171-176 sowie Ulrich Busch: Am Tropf. Die ostdeutsche Transfergesellschaft. Berlin 2002, S.68-93.

⁶³ Zum doppelten Umbruch in Ostdeutschland siehe Rainer Land: Ostdeutschland – fragmentierte Entwicklung, in: Berliner Debatte Initial, 14 (2003) H. 6, S.76-95; Ulrich Busch/Rainer Land (Hrsg.): Die Lage in Ostdeutschland, in: ebenda, 17 (2006) H. 5, S.3-96.